

Nachrichten

LSVA-Rabatte für saubere Lastwagen

Bern. Der Bundesrat will bei der Erhebung der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) Fahrzeuge mit weniger Feinstaubausstoss begünstigen. Gleichzeitig will er wegen des starken Frankens mit dieser Massnahme das Transportgewerbe entlasten und deshalb mit der EU über einen Rabatt für Lastwagen der neuesten Generation verhandeln. SDA

8500 Arbeitnehmer aus Drittstaaten

Bern. Trotz sich abzeichnender Konjunkturlaute sollen im nächsten Jahr gleich viel qualifizierte Arbeitskräfte aus Ländern ausserhalb der EU und der Efta in der Schweiz Anrecht auf eine Aufenthaltserlaubnis haben wie im Jahr 2011. Der Bundesrat hat beschlossen, an den Kontingenten nicht zu schrauben. Wie aus der Mitteilung hervorgeht, sollen Schweizer Unternehmen 2012 insgesamt 8500 Spezialistinnen und Spezialisten aus Drittstaaten rekrutieren dürfen. SDA

Bund schafft eigene IT-Agentur

Bern. In Zukunft werden das Visainformationssystem, die Datenbank Eurodac sowie das Schengener Informationssystem von einer neuen EU-Informationagentur betrieben. Der Bundesrat hat im Rahmen der Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands der EU-Verordnung zugestimmt, welche die Grundlage für die neue IT-Agentur schafft. Die IT-Agentur übernimmt ab 1. Dezember 2012 Aufgaben, die bislang von der EU-Kommission wahrgenommen wurden. SDA

Schwyzer Kantonsrat lehnt Beschwerden ab

Schwyz. Der Schwyzer Kantonsrat hat gestern das Ergebnis der Ständeratswahl vom 23. Oktober einstimmig bestätigt und drei Beschwerden abgewiesen. Damit bleibt der zweite Schwyzer Sitz bei der Bundesratswahl leer. Bei der ersten Runde schaffte nur der bisherige Alex Kuprecht (SVP) das absolute Mehr. Der ebenfalls bisherige Bruno Frick (CVP) verpasste das absolute Mehr knapp. SDA

«Schoggigesetz» wird neu geregelt

Bern. Die Details zum «Schoggigesetz» werden neu geregelt. Der Bundesrat hat dazu zwei Verordnungen angepasst. Das «Schoggigesetz» sichert der Schweizer Nahrungsmittelindustrie Zuschüsse wegen der höheren Rohstoffpreise. Dank der Revision soll unter anderem das Budget besser ausgeschöpft werden. Dazu passt der Bundesrat das Zeitfenster für das Budget an. In Kraft treten die Verordnungen am 1. Januar und am 1. Februar. SDA

Keine Zölle auf Computertechnologie

Bern. Für die Einfuhr von Bildschirmen, Multifunktionsdruckern und weiterer IT-Geräte erhebt die Schweiz ab kommandem Jahr keine Zölle mehr. Dies beschloss der Bundesrat, da er nach WTO-Recht dazu gezwungen ist. Der Gesamtwert der betroffenen Ware, zu der auch Set-Top-Boxen, Telekommunikationskabel und bestimmte Kopfhörer gehören, beträgt jährlich rund 900 Millionen Franken. Die Zolleinnahmen darauf belaufen sich auf 7,7 Millionen Franken pro Jahr. SDA

Neu erschienen

Klassentreffen

Von Seraina Gross

«Geboren am 7. 2. 1971» heisst der Titel eines Buches, das dieser Tage zum Ausklang des Jubiläumsjahres der Abstimmung über das Frauenstimmrecht erschienen ist. 17 Frauen erzählen aus ihrem Leben, 17 Frauen, die ein biografisches Faktum verbindet: Sie alle wurden am 7. Februar 1971 geboren, dem Tag der Annahme des Frauenstimmrechts. Herausgekommen ist ein buntes Panorama schweizerischen Frauenlebens vierzig Jahre nach der politischen Emanzipation, zusammengetragen von den beiden Journalistinnen Patricia Götti und Ursina Trautmann und mit Fotografien aus dem Alltag illustriert von Annette Boutellier. Ein Klassentreffen von Frauen, die zwar nicht in die gleiche Schule gingen, die aber die gleiche Schule durchmachten: diejenige des symbolischen Geburtstags.

Ein Geburtsdatum, das verbindet

Da ist zum Beispiel Marlies Artho, geboren um 11:45 Uhr im Spital im sanktgallischen Wattwil, gelernte Hotelfachangestellte und heute «Mädchen für alles» in einer Garage im Aargau. Sie wohnt mit ihren zwei Katzen im zürcherischen Urdorf. Wir lernen Katrin Etter kennen, geboren um 01:40 Uhr im Spital Schwyz. Sie wohnt mit ihrem Partner Marcel in der Altstadt von Schwyz in einem Haus, das zum ehemaligen Bäckereibetrieb der Familie gehört. Sie leitet die Geschäftsstelle der Raiffeisenbank im schwyzerischen Sattel. Oder wir erfahren von Christa Cantieni Cunin, geboren um 10:30 Uhr im Spital Thusis, Mutter von vier Kindern. Sie lebt mit ihrem Mann Robin und der Familie in Brüssel und arbeitet

im eigenen Beratungsunternehmen für Anwälte. Die Gesprächsthemen sind diejenigen, welche 40-jährige Frauen heute umtreiben: Beruf, Partnerschaft und Kinder. Es geht um Erreichtes und Versäumtes, um Handfestes wie das erste selber verdiente Geld und um Grundsätzliches wie das Selbstverständnis als Frau.

Individualisierte Zeitgeschichte

Was die Lebensberichte zusammenhält, ist das Nachdenken über die Bedeutung, welche das historische Geburtsdatum und die Möglichkeit zur politischen Mitbestimmung im eigenen Leben spielte. Wie haben die Frauen von ihrem historischen Geburtstag erfahren? Waren sie stolz darauf? Wie reagierte die Umgebung, wenn sie davon erzählten? Wie erging es den Müttern am Tag der Geburt? Frauengeschichte wird so elegant gespiegelt im individuellen Bewusstsein der Frauen. Als geradezu schicksalhaft erscheint das historische Geburtsdatum im Falle von Marlies Artho, der Hotelfachangestellte, die ins Männerfach Autogarage wechselte. Die Kollegen hätten gelacht und gesagt, das erkläre vieles, als sie ihnen gesagt habe, an welchem für die Frauenwelt historischen Tag sie geboren worden sei, erzählt sie. Sie habe früh gewusst, dass sie am Tag der Annahme des Frauenstimmrechts geboren worden sei und habe das auch stolz herumerzählt. Die Leute aber hätten jeweils eher gelangweilt reagiert. Beatrice Honold, eine Handarbeitslehrerin aus Flawil erzählt hingegen, dass ihre Eltern immer sehr stolz gewesen seien, dass sie am 7. Februar 1971 zur Welt gekommen sei. Bei Sandra Egler, der Personalverantwortlichen aus dem zürcheri-

schen Mettmensetzten, war es die Mutter, welche Sandras Dickköpfigkeit mit dem Geburtstag in Verbindung brachte. Sie selbst führt ihren «kritischen Geist» auf die Herkunft aus einer Arbeiterfamilie zurück. Daneben gibt es Frauen, auch das kommt vor, die erst kurz vor dem Buchprojekt von der Bedeutung ihres Geburtstags erfahren haben.

Angereichert werden die Lebensberichte durch grafisch aufgearbeitete Abstimmungen, bei denen die Frauen die Männer überstimmten und vice versa. Zur individuellen gesellt sich damit die kollektive Geschichte, zur Froschperspektive kommt die Vogelperspektive. Wir erfahren, dass die Frauen am 25. September 1977 den ersten Versuch für eine Fristenregelung zum Scheitern brachte. Wir lesen, dass die Annahme eines auf Gleichberechtigung basierenden Eherechts am 22. September den Frauen zu verdanken ist und dass sie am 10. Februar 1994 dem Alpenschutz zum Durchbruch verhalfen. Lebensberichte und Abstimmungsergebnisse, das alles bleibt unkommentiert, abgesehen vom Einleitungstext der Berner Regierungsrätin Barbara Egger-Jenzer. Das Wort haben damit diejenigen, die bis vor vierzig Jahren nicht mitreden durften: die Frauen. Bravo.



Barbara Ritschard (Hrsg.)
Geboren am 7. 2. 1971
180 Seiten
29.00 Fr.
(auch unter
info@hep-verlag.ch)

ANZEIGE

Bis Besucher aus aller Welt die Schweiz entdecken können, will Jürg Schmid nicht ruhen.



Unterstützt Ihre Bank Sie ebenso *unermüdlich* wie Jürg Schmid den Tourismus-Standort Schweiz?

Als Direktor von Schweiz Tourismus weiss Jürg Schmid, dass der Standort Schweiz viele einzigartige Vorteile mit sich bringt.

Dass die Schweizer Qualität und das Pflichtbewusstsein überall auf der Welt hohes Ansehen geniessen.

Aber auch, dass für eine erfolgreiche Positionierung im internationalen Wettbewerb eine zielgerichtete Marktbearbeitung unabdingbar ist.

Bei UBS sehen wir das genauso und unterstützen Schweiz Tourismus darum tatkräftig und mit Begeisterung.

Es ist dieselbe Art Engagement, mit der wir Sie in sämtlichen finanziellen Angelegenheiten umfassend und kompetent beraten.

Und bis wir Sie davon überzeugt haben, dürfen Sie sich auf eines verlassen:

Wir werden nicht ruhen



www.ubs.com/wirwerdennichtruhen

Die Verwendung von Namen oder sonstiger Bezeichnungen Dritter in dieser Werbung erfolgt mit der entsprechenden Genehmigung. © UBS 2011. Alle Rechte vorbehalten.

Marge für Medikamente soll gestutzt werden

Krankenversicherer würden so 300 Millionen sparen

Von Thomas Lüthi

Solothurn. Ärzte und Apotheken verdienen in der Schweiz im Vergleich zum Ausland zu viel mit verschreibungspflichtigen Medikamenten. Davon ist Santésuisse überzeugt. Der Verband der Krankenversicherer möchte darum die Handelsmargen auf den Arzneimitteln auf europäisches Durchschnittsniveau senken und dadurch jährlich 300 Millionen Franken sparen. Das entsprechen 1,5 Prämienprozenten, teilte Santésuisse mit. Der Verband hat eine Durchschnittsmarge von 28 Prozent errechnet, gemessen an der Schweiz, Österreich, Holland, Deutschland, Grossbritannien, Frankreich und Dänemark.

Am höchsten ist die Handelsmarge auf Medikamente mit 37 Prozent in der Schweiz – fast gleich hoch wie in Österreich – am tiefsten mit 20 Prozent in Dänemark. Durchschnittlich seien die Schweizer Margen 25 Prozent höher als in den Referenzländern. Dabei seien die unterschiedlichen Niveaus bei Löhnen, Mieten, Zinsen und Medikamentenabgabepreisen ab Fabrik berücksichtigt, schreibt Santésuisse. Die Handelsmarge ist die Differenz zwischen dem Abgabepreis und dem Preis, den der Patient am Ende der Vertriebskette bezahlen muss und von den Kassen vergütet wird (Publikumspreis). Die Höchstpreise für jedes Medikament und damit die Margen werden vom Bund festgelegt.

Kassen wollen verhandeln

Die Krankenversicherer verlangen, dass sie die Margen mit den Ärzten, Spitalern und Apotheken künftig selber aushandeln können. Dafür müsste der Bundesrat die entsprechende Verordnung ändern. Tiefere Margen fordern laut Santésuisse auch der Preisüberwacher und die Patienten. Den einzelnen Absatzkanälen billigt der Bund heute unterschiedliche Margen zu. Bei den Apotheken seien es 39 Prozent bei einem europäischen Mittelwert von 29 Prozent, hat Santésuisse ausgerechnet. Und bei den Ärzten, die Medis verkaufen dürfen, sind es 42 Prozent bei einem europäischen Durchschnitt von 32 Pro-

zent. Apotheken verlangen in der Schweiz – von Ausnahmen abgesehen – zusätzlich eine Pauschale pro Packung. Mit dieser leistungsorientierten Abgeltung (LOA) wird der spezielle Service wie Beratung oder Rezeptkontrolle entschädigt. Zusammen mit der LOA kommen die Apotheken auf eine Handelsmarge von total 46 Prozent bei einem europäischen Durchschnitt inklusive LOA von 37 Prozent.

Diese Mittelwerte peilt Santésuisse bei ihren Verhandlungen mit Ärzte- und Apothekenorganisationen an, wie Verbandssprecherin Silvia Schütz der BaZ sagte. Der Preisüberwacher empfiehlt für die Arztpraxen sogar eine Reduktion der Marge auf 19 Prozent.

Ein weiteres Verhandlungsargument für Santésuisse sind die tieferen Kosten der Ärzte für die Medikamentenabgabe. Die Praxen haben in aller Regel ein kleineres Sortiment als die Apotheken und weniger Aufwand für die Infrastruktur. Die Margen der Ärzte sind darum aus Sicht der Versicherer auch im Vergleich mit den Apotheken zu hoch – unabhängig vom Auslandvergleich.

Bund pflichtet Versicherer bei

Dass bei den Margen etwas getan werden muss, räumt Andreas Faller vom Bundesamt für Gesundheit ein. Diese seien aber vor zwei Jahren bereits gekürzt worden. Zu den Zahlen von Santésuisse konnte Faller noch nichts sagen, er müsse diese Untersuchung zuerst prüfen. Von Santésuisse warte er jedoch bereits seit einiger Zeit auf Vorschläge. Kürzungen dürften indes nicht dazu führen, dass die Versorgung mit Medikamenten gefährdet würde – etwa in ländlichen Regionen.

Die Leistungskosten der obligatorischen Grundversicherung für Medikamente (Arzt und Apotheken) sind 2010 gegenüber dem Vorjahr um ein Prozent auf 4,8 Milliarden Franken gesunken. Davon fallen 3,4 Milliarden laut Santésuisse auf die Produzenten und 1,3 Milliarden auf den Handel (Grossisten, Apotheken, Arztpraxen und Spitäler). 110 Millionen gehen über die Mehrwertsteuer an den Fiskus.